

Neues Zeitungsblatt

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Neue Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2.40 Reichsmark, das halbjährliche 12.00 Reichsmark, das vierteljährliche 6.00 Reichsmark. Die Preisliste enthält die Preise für den Ausland. Die Preisliste enthält die Preise für den Ausland. Die Preisliste enthält die Preise für den Ausland.

Neues in Kürze.

Deutscherungen und Radiotelegramme.
In der gestrigen Mitgliederwahl der Berliner Ortsgruppe des preussischen Reichertums wurde der Führer des republikanischen Reichertums, Kammergerichtsrat-Senatspräsident Dr. Großmann zum Verein ausgeschieden. Der Beschluss wird damit begründet, daß Großmann in Reden und Artikeln großen Teilen des Reichertums verfassungswidrige Geltung beizubringen habe. Großmann wies in einer Rede die Vorwürfe zurück. Gegen den Beschluss ist Berufung beim Gesamtverband eingeleitet worden.

Während gestern Abend der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin den Flugplatz Tempelhoferfeld besichtigten, wurde die am Eingang zum Flugplatz geschleifte schwarz-rot-goldene Reichsflagge und die Berliner Stadtflagge von jungen Burken, die in den Sälen eingedrungen waren, heruntergerissen und mit Füßen getreten. Es handelt sich um Angehörige der kommunistischen Partei. Es wurden von der Polizei verhaftet.

Im Preussischen Landtag mußte gestern die zweite Beratung über die vom Zentrum herbeigeführte Trennung der Provinzen Ostpreußen und Pommern beschlossen werden, da die Reichsregierung durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung das Haus beschuldigen möchte. Sodann wurden zur Hochwasserkatastrophe in Ostpreußen die Schäden und sonstige Hilfsmaßnahmen festgelegt.

In Dresden ist gestern der engere Ausschuss des Lausitzer Volkskomitees zu achtzig Mitgliedern zusammengetreten. Die Delegierten sind vollständig erschienen. Abends fand eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in der die auswärtigen Delegierten über die kirchliche Lage in ihren Ländern berichteten. In dem Lausitzer Volkskomitee haben die lausitzer Kirchen und freien Arbeitserbände Europas und Nordamerikas ihren internationalen Zusammenhalt gefunden.

Vom polnischen Gericht in Katowitz wurde der deutsche Schulrat Dued wegen angeblicher staatsfeindlicher Betätigung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, vier Monate Untersuchungshaft wurden angedroht. Dued wurde gegen eine Kaution von 50.000 Zloty auf freien Fuß gesetzt. Er hat gegen das Schandurteil Berufung eingelegt.

Zur 20prozentigen Tarifserhöhungsbewegung im deutschen Bergbau wird heute gemeldet: Die Forderungen sind von der gesamten schließlichen Bergarbeiterchaft gestellt, ferner von den Arbeitern der großen Kohlenwerke wie Thyssen, in Dortmund, Kettler und in Teisenerden, Sachsen und Thüringen. Es ist damit zu rechnen, daß bis Mitte des Monats die Kündigung aller bestehenden Tarife generell ausgesprochen sein wird, um auf dem Wege der neuen Lohnbewegung die erhöhten Knappheitsbeiträge der Arbeitnehmer auf die Unternehmer abzuwälzen. Die unmittelbare Gefahr eines Streites besteht bis jetzt in keinem der deutschen Reviere.

Ein unterirdischer Stollen liegen noch keine Einzelheiten vor über die dem „Berl. Tagbl.“ gemeldete bevorstehende Freilassung deutscher Gefangener in Rußland und verurteilter Russen in Deutschland. Bezüglich der Talsache kann an amtlicher Stelle mitgeteilt werden, daß Verhandlungen nach dieser Richtung bereits seit vielen Monaten zwischen dem Vorkriegsminister im Moskauer Vertrag gegen die drei deutschen Studenten. Eine auch nur vorübergehende Freilassung der schon erkrankten beiden deutschen Studenten aus der Untersuchungshaft haben die Russen abgelehnt.

Die Pariser Kammer hat gestern die Wahl des in einer Nachwahl in dem Departement Gers Altes gewählten Abgeordneten Maurice de Kettler, der während der vorangegangenen Legislaturperiode den nationalen Block angehöre, mit 209 gegen 86 Stimmen für ungültig erklärt. Wie wir letztens berichteten, erfolgte die Wahl auf Grund von sechs in Frankreich einträglichen Gebirgsjägern und finanziellen Verbindungen an die Wähler.

Nach Nachrichten aus Ghinesischer Luoc teil General Wupufu die notwendigen Befehle für den Kampf auf Kanton erteilt haben.

Hindenburg verhindert die Regierungskrise. Zurückziehung des Fürstengesetzes. Verlängerung des Sperrgesetzes

Die mit höchster Spannung erwartete gestrige Reichstagsitzung nahm einen höchst unerwarteten Verlauf.
Als erster Redner gab Welts namens der Sozialdemokraten den Befehl seiner Partei bekannt, die Regierungsoorloge über die Fürstenernennung abzulehnen. Die Begründung dafür war eine demagogische Fehde im Gist der Fürstenernennungspropaganda. Im Anknüpfen daran forderte Welts Verlängerung des Sperrgesetzes und Auflösung des Reichstages.

Sodann begründete Graf Westarp die Haltung der Deutschnationalen, wobei er besonders darauf hinwies, daß seine Partei auch vorgehen und gefahren der Regierung ihre Mitarbeit zum Zustandekommen einer Regelung der Fürstenernennungsfrage angeboten habe mit negativem Erfolg, und daß die Regierung in ihrer Keilung nach links den Sozialdemokraten sogar das Angebot gemacht habe, als Belohnung für die Zustimmung zu dem Fürstenernennungsbeschluss einseitig gegen die Deutschnationalen aufzutreten. Infolge Ablehnung ihrer Anträge würden die Deutschnationalen nunmehr geschlossen gegen das Fürstenernennungsbeschluss und gegen Verlängerung des Sperrgesetzes stimmen. Zum Schluss forderte er alle auf dem Boden der Staatsordnung stehenden Parteien zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen die neue Revolutionsoorloge auf. — Dann erhob sich Reichstagskanzler Dr. Marx zu der mit größter Spannung erwarteten Rede.

Die hier darauf hinwies, daß die Regierung die beiden Fürstenernennungen auf die Weiterverlung setzen Wert lege und die Besetzung der Ämter die Regierung habe beschließen, bei der Ablehnung durch eine Mitglieder der Reichstagsopposition herbeizuführen, da aber keine Parteien ablehnen, es sei davon Abstand. Auf den dringenden Wunsch des Reichstagspräsidenten habe das Reichsministerium aus ihren Mitteilungen sich wieder zurückgezogen.

Von den Kommunisten wurde diese Regierungserklärung mit Gelächter und höhnischen Jurzen aufgenommen. Ihr Vertreter kündigte einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung an.

Obwohl der Reichstagskanzler gestern sich gegen eine Verlängerung des Sperrgesetzes für den Fall der Ablehnung der Hauptvorlage erklärt hatte, wurde heute ohne Debatte

Die Verlängerung des Sperrgesetzes

bis 31. Dezember d. J. gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenhaltung der Deutschnationalen beschlossen.

Diktatur in Frankreich?

In Frankreich herrscht wieder Krisenluft. Zunächst stürzt der Front weiter. Am Freitag erreichte er seinen bisher tiefsten Stand mit 182 1/2 Franc für ein Pfund Sterling. Der Hauptgrund der aus in Amerika herrschenden pessimistischen Frontenbewegung ist die Annahme, daß Caillaux's Einbürgerungsplan nicht ausreichen und vor allem bei ihrer Durchführung auf den härtesten Widerstand der französischen Franzosen stoßen werden. Gleichzeitig dauert die Kapitalflucht an.

Anderseits bereitet die Rechte den Sturz Caillaux und die Ausrückung einer schließlichen Diktatur vor: Aus Marseille wird mitgeteilt, daß sich gestern der „Bund französischer Politiker“ gebildet hat, mit dem Ziel der Umwandlung der französischen Verfassung in eine solche, die für die Ausrückung Frankreichs die Diktatur zuläßt. Boncompagni, Willersand und zahlreiche ehemalige prominente Regierungsmitglieder sind neuer Bereinigung telegraphische Begrüßungswünsche.

Die Lage kann außerordentlich ernst werden, da Caillaux nicht der Mann ist, der sich leicht verdrängen läßt, und da er in Voraussicht des kommenden als einen zuverlässigen Kandidaten zum Kriegsminister ernennen ließ, um so die Verdrängung für sich zu sichern. Die Politiker arbeiten ihrerseits lieberhaft daran, das Meer auf ihre Seite zu bringen, wobei sie auf die Sympathien der Wechsler der Offiziere rechnen.

Man rechnet die Tage des jetzigen Kabinetts als gefährlich an und rechnet mit der Möglichkeit, daß Caillaux die Pläne der Rechten mit einer Diktatur beantwortet.

nationalen beschließen. Es besteht also nun die Möglichkeit, beim Wiederzusammentritt des Reichstages im Herbst noch einmal eine gesetzliche Regelung der Abstimmungsfrage zu versuchen.

Ein Schreiben Hindenburgs.

Die Erklärung für die gänzlich unerwartete Haltung der Regierung gibt das nachstehende Schreiben, das Hindenburg vor der Reichstagsitzung an den Reichstagskanzler richtete:

Sehr geehrter Herr Reichstagskanzler!
Ich höre, daß das Kabinett angesichts des zu erwartenden Scheiterns der Gesetzesvorlage über die vernünftigerweise Ausseinberlegung mit den Fürstenernennern über die Frage der Auflösung des Reichstags und die des Austritts der Reichsregierung denkt. Ich möchte Ihnen hierzu meine Auffassung dahin lauten, daß ich mich zu einer Auflösung des Reichstags aus inneren wie außenpolitischen Gründen jetzt nicht entschließen könnte, und daß ich aus denselben Gründen aus einem Austritt der Reichsregierung für unmöglich erachte. Ich bitte Sie Herr Reichstagskanzler, wie die anderen Herren der Reichsregierung daher, von dem Gedanken einer Demission Abstand zu nehmen.
Mit der Reichsregierung verbleibe ich vereint.

Nach der Entscheidung der Abstimmungsfrage wurde u. a. eine Koalition zum Reichstagspräsidenten angenommen, die für gewisse heuliche Veränderungen an Wahlverfahren das Amt überlassen hat den Wählern zuzuführen. In einem weiteren Antrag hat die Regierung zur Förderung der Reichstagskommission aufgeführt. Dann wurde ein Verleumdungsgesetz angenommen, das die Kandidatenlisten für langjährig in einem Betriebe beschäftigte Angestellte verlängert. Der nächste Antrag, der die Entscheidung über die Zulassung des Reichstagspräsidenten in bestimmten Fragen dem Staatsgerichtshof zu überlassen will, wurde dem Reichstagspräsidenten überlassen. Angenommen wurde das Gesetz, das die bisherige Verfassung der Schulpolizeibeamten auf 12 Jahre ausstreckt. Schließlich wurde auf Antrag des Reichstagspräsidenten die Genehmigung zur Bereinigung der kommunistischen Abgeordneten Federer, Hörne, Köhnen, Pfeiffer, Kemme und Gädert verweigert.

Polen in Not.

Die Lage in Polen steht nach den übereinstimmenden Berichten deutscher Zeitungsreportagen aus Warschau vor neuen entscheidungsreichen politischen Ereignissen. Die pessimistischen Berichte finden eine gewisse Bestätigung in der Tatsache, daß an polnische Saisonarbeiter in Deutschland militärischpflichtigen Alters in den letzten Tagen mehrfach Gestaltungsbescheide ausgegeben worden sind.

Das Pariser „Journal“ meldet über die Lage in Polen aus Warschau: Die Steigerung des Holzpreises hat zu einer Störung im internationalen Absatz der polnischen Kohle geführt. Für die von Billigkeit verlangte Preisänderung ist keine Mehrheit im Parlament vorhanden. Inzwischen ist es auf dem linken Bank der parlamentarischen und in den Städten die schließliche Regierung fort. Im Bamberger und Weimarer Gebiet sind kommunistische Verbände aufgelöst worden, die offen die Ausrückung der Güter durch Gewalt proklamieren. Nur die Partei Hans Billibits gibt heute noch Gewähr, daß der Kommunismus Polen nicht erobert.

In Bezug auf das deutsche Niederlassungsrecht in Polen hat die Formalisierung der Erklärung der polnischen Delegation Parisgekommen, die die grundsätzliche Bereitwilligkeit erkennen läßt, den Deutschen das bisher verweigerte Niederlassungsrecht in Polen zuzugestehen.

Der „Ber. Herald“ meldet aus Leres an bespannen Grenz: 180 spanische politische Flüchtlinge meilen in Leres, ebensoviel in Biarritz und Pamona. Die spanische Regierung hat die Grenzen geschlossen.

Die neue Lage. Die Haltung der Deutschnationalen. Hindenburg der Reiter.

Von einem Deutschnationalen. Der Kampf der Parteien um das Fürstenernennungsrecht in Berlin aus nächster Nähe beobachtet hat, wird uns zu der Haltung der Partei folgenden gestützt:
Der ganze Streit war ein reinen Machtkampf der Parteien, hinter dem der eigentliche Gegenstand, die Fürstenernennungsfrage, völlig zurücktrat. Entscheidend war dabei zunächst das Zentrum und sein Führer, der Reichstagskanzler Marx. Für ihn war maßgebend, daß bei dem Reichstagspräsidenten ein sehr erheblicher Teil der Zentrumsmitglieder — zwischen 1 bis 2 Millionen, die alle 16 bis 24 Abgeordnetenmandate (je 40.000 Stimmen 1 Mandat) von den 40 Mandaten des Zentrums entziehen — entgegen der Parteiparole für die Fürstenernennungsfrage der Sozialdemokraten und Kommunisten gestimmt haben.

Das sollte den Führer dieser Partei vor die Wahl, entweder eine Parteistatistik durch Aufschwimmen dieser Wählermasse zu den Sozialdemokraten einzulassen zu lassen oder aber alles zu tun, um die Sozialdemokraten durch Zugewinnung für die Annahme des Kompromisses zu gewinnen. Als treuer Parteiführer sollte er die Wahl der letzteren Weg, genau das, was ihm seine Pflicht gebietet, die Richtung nach links entwerfen. Dabei war die einzige Sorge für seine Zugehörigkeit die Gefahr, daß die Wechsler Reichstagspräsidenten, also Hindenburg die Partei, zu weitgehender Zustimmung zwingen würde.
Die Partei hat einen unentschiedenen Kampf mit den Sozialdemokraten geführt, die diesen Einhalten unmöglich mitmachen konnten. Ein Zusammengehen mit ihnen und damit zugleich das größte und durch das Ergebnis des Reichstagspräsidenten an sich gegebene Ziel der Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront gegen die Revolutionspartei kam somit für Marx gar nicht in Frage und wurde also überhaupt nicht erwogen. Das rechte Parteiprogramm, indem Marx und das Zentrum die Einheitsfront der Wechslerpartei von vornherein verzichtete.

Trotzdem waren innerhalb der deutschnationalen Reichstagsopposition eine beträchtliche Zahl von Abgeordneten durchaus bereit, um des höchsten Zieles willen, politische Bedenken gegen das Fürstenernennungsrecht zurückzulassen, um es zur Annahme zu bringen und damit den Reichstagspräsidenten und die ganze künftige politische Lage gefährdenden Fürstentum aus der Welt zu schaffen.

Aber mit diesem guten Willen allein war es nicht getan, dafür sorgten die Hauptoppositionen und Urheber des ganzen Streites, die marxistischen Parteien. Sie warnten nur darauf, daß die Deutschnationalen sich auf die feste Ebene der Reichstagspräsidenten bewegen, um die durch keine radikale Abstimmungsfrage zu dem Kompromiß, die die Deutschnationalen zur Ermöglichung der Gesetzesannahme dann auch hätten schließen müssen, allmählich immer noch am ursprünglichen deutschnationalen Standpunkt abzuweichen, daß dann die deutschnationalen Wähler mit ihren Abgeordneten nicht mehr mitgemacht hätten und also eine Krise in der Deutschnationalen Partei entstehen würde.

Dieses Spiel wurde den Sozialdemokraten durch den Verdrängen der Deutschnationalen nicht ohne weiteres gelassen und also eine Krise in der Deutschnationalen Partei entstehen würde. Dieses Spiel wurde den Sozialdemokraten durch den Verdrängen der Deutschnationalen nicht ohne weiteres gelassen und also eine Krise in der Deutschnationalen Partei entstehen würde.

Das Spiel der Sozialdemokraten wurde dann vollends unabweisbar, als innerhalb der sozialistischen Reichstagsopposition die Angst vor der kommunistischen Revolution als andere Erwägungen zurücktreten ließ und zu dem Beschlusse führte, das ganze Kompromißspiel überhaupt abzulehnen.

Marx sah diese Gefahr kommen und deshalb machte er den unerwarteten Versuch, zu verhindern, die Regierung lege im Fall der Ablehnung der Fürstenernennungsfrage auch auf Verdrängung des Sperrgesetzes seinen Wert. Die „Neue Zeitung“ verurteilt die Sperrgesetzesentwürfe als Grund, daß die sozialistischen Reichstagsmitglieder, indem sie auf Grund des Verdrängungsgesetzes und also für die Fortsetzung des Kompromisses die Auseinandersetzung über die Fürstenernennungsfrage

migen herbeiführen, sollte die Sozialdemokratie...

„Allgemeine Abrüstung“ — der Deutschen.

Nach den von Paris vorliegenden Berichten...

Der Vorkriegsstand tritt Mitte kommender...

Streikfortsetzung in England.

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften...

Die gestrigen Verhandlungen der Arbeiterführer...

Die rote Front.

Von Interesse ist die Feststellung, daß schon vor...

Die Anleiheablösung.

Der Staatsbankrott der Reichstages genehmigte...

Zur Frage der Anleiheablösung berichtete...

Nach Schätzung des Reichsfinanzministeriums...

Hande sein, ihre Sparmaßnahmen auf eigenen...

Es wurde ein Antrag angenommen, der die...

Die Regierung ersucht, aus den Mitteln des Anleihe...

Härten bei Berechnung des Ruhegehalts.

Zur dritten Beratung des Finanzhaushalts...

Lehrer und religiöse Feiern.

Der preussische Kultusminister hat auf eine...

Feinde des Deutschtums im Elsaß.

Die lothringische katholische Partei, die weit...

als eine „nationale Partei“ in ihrer Einwirkung...

Angelsichts der bisherigen Unterbrechung...

Zur neuen Krise in Frankreich.



„Bitte zugreifen, Herr Briand! Es ist noch eine gute Auswahl auf Lager.“

Wie der Prager „Lagespost“ aus Laram (Sud...

Die Soldaten der Garnison Solmas bei...



Zu Hausrückuren.

Bei Rückkehr aus dem Ausland, insbesondere...

Berliner Schattenriss.

Schauspielerstreik. — Der stärkste...

bankeits, Selbstverleugungen und Festes un...

ant, etwas verdrossen über die Ausländer...

optimistisch, so wird's strahlend hell, erstickt...

Der Banddirektor H. soll ein strenger Regu...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

